

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen



Verlagsgedäude: Gr. Ulrichstraße 16, Ecke Drahmstraße 12 bis 14 bezw. Köpfergasse 1. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Garniturnummer 7991. Druckerei: Obere Leipzigerstraße 34 (Tel. 7981) und Brunnenstr. 49 in Giebichenstein (Tel. 1403). Verantwortlich für die Redaktion: Hermann Graesske in Halle.

Nummer 18

Halle, Dienstag den 22. Januar

1918

Rücktritt Carsons aus dem Kriegstabineett.

s. Rotterdam, 22. Januar. Aus London wird amtlich gemeldet, daß Sir Edward Carson aus dem Kriegstabineett zurückgetreten ist. In einem Briefe an Lloyd George erklärt er, daß er zurückgetreten sei, um der Regierung freie Hand in der irischen Frage zu lassen und daß nicht Meinungsverschiedenheiten der Grund zu seinem Rücktritt wären.

Rotterdam, 22. Januar. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Es kommen Andeutungen, denen zufolge eine wichtige Umgestaltung des englischen Kriegsministeriums bevorstehe. Als Reichener Kriegsminister war, seien ihm bedeutende Befugnisse genommen und dem Generalstabe übertragen worden. Man wünsche in gewissen Kreisen, daß dieses anders werden solle. (W. Z.)

Veränderungen im britischen Oberbefehl.

s. Von der Schweizer Grenze, 22. Januar. Habas meldet aus London: Marshfall Haig hat den Divisionsgeneral Lawrence zum Chef des Generalstabes ernannt. Zu der Ernennung meint der „Temps“: Das sei nur ein Vorspiel zu einer Reihe von Veränderungen im britischen Oberbefehl.

In Erwartung einer Hungersnot in England.

Amsterdam, 22. Januar. Sehr besorgniserregend für die augenblickliche Stimmung in England ist ein Vorschlag des berühmten Professor Greenhalgh von der Londoner Universität im „Daily Chronicle“ erschienen. Darin heißt es, daß England im kommenden Frühjahr auf drei große Gefahren laufe: 1. die Gefahr eines allseitig-angarischen Angriffs, 2. die Gefahr der Hungersnot und 3. die Gefahr der eigenen englischen Volkswirtschaft. „Wir hier in England“, fährt der Professor fort, „haben vor einer Hungersnot, welche näher gerückt und gefährlicher sein wird, als je unser Volk in den Tagen des Mittelalters gefehlt hat. Werden wir durch diese Hungersnot mit derselben Ruhe hindurchgehen, wie unsere Soldaten durch das Feuer? Es wäre eine ewig dauernde Schande für die Demokratie, wenn wir viele Hungerbrutten nicht unserer Demokratie wegen wollten. Aber die Vorsehungen sind nicht allmächtig. Man hat aus unserer Mitte viele und übertriebene Schritte getan, die die Kriegswirtschaft, man hat unheimliche Ränder nach Kriegsermächtigungen, Projekte gegen unvermeidliche Entbehrungen, sowie gesamtstaatliche Drängungen für den Fall, daß keine Vorräte ankommen. Es ist dringend nötig, der Nation mit unbedingter Wahrheit deutlich zu machen, daß die übliche Nahrungsversorgung zu haben sein wird und daß das Volk sich befinden müsse auf seine Existenzfähigkeit und seine Widerstandskraft.“ (W. Z.)

Bedrohliche Lage in den schottischen Industriebezirken.

Bern, 22. Januar. Die „Daily News“ bringen eine eingehende Schilderung der bedrohlichen Lage in den schottischen Industriebezirken. Die dortigen Gewerkschaften haben bekanntlich trotz der Haltung des Unterhauses ihr Ultimatum an die Regierung angedrückt gehalten, demzufolge am 31. Januar ein Generalstreik in der Clyde-Industrie einbrechen werde, wenn die neuen Steuerentwürfe nicht dahin zurückgezogen würden. Der Reichsminister führt aus, daß die wirtschaftlichen Ursachen für die revolutionäre Haltung der Arbeiter nicht in technischen oder wirtschaftlichen Umständen liegen, sondern in der allgemeinen und existenziellen Kriegsmüdigkeit. (W. Z.)

Generalstreik in Manchester.

Bern, 21. Januar. Die Lebensmittelindustrie hat in Manchester am 16. 1. bemerkenswerte Aushebungen hervorgerufen. Am Vormittag um 11 Uhr traten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der acht größten Munitionsfabriken in Chesham und Gorton-Strifte die Arbeit nieder und marschierten zum Rathaus, um die nationale Zwangsrationierung mit einer gleichmäßigen Verteilung der Lebensmittel für alle Gesellschaftskreise zu verlangen.

Die englischen Arbeiter.

Rotterdam, 22. Januar. In einer Rede am 20. 1. 1918 vor dem Parlament erklärte die britische Regierung, daß die Arbeiter in England nicht mehr als ein Mittel zum Zweck angesehen werden könnten, sondern als ein Teil der Nation zu betrachten seien. Die Regierung werde alles in ihrer Macht stehende tun, um die Arbeiter in England zu unterstützen und ihre Interessen zu wahren. Die Regierung werde auch alles in ihrer Macht stehende tun, um die Arbeiter in England zu unterstützen und ihre Interessen zu wahren. (W. Z.)

Die italienische Kriegsmarine in Paris.

Bern, 22. Januar. Der italienische Kriegsminister ist in Paris eingetroffen. Er erklärte, sein Besuch gelte hauptsächlich wichtigen unauflösbaren Verbindungen der Entente. (W. Z.)

Serbische Meuterei in Saloniki.

Bern, 22. Januar. Die „Revue“ aus Serbien führt an, daß die serbische Meuterei in Saloniki nicht nur eine lokale Angelegenheit sei, sondern eine allgemeine Krise der serbischen Armee darstelle. Die Meuterei sei das Ergebnis der allgemeinen Kriegsmüdigkeit und der Unzufriedenheit mit der Führung der Armee. (W. Z.)

Clemenceau und Caillaux.

Bern, 22. Januar. Die französische Regierung verurteilt die Unzufriedenheiten über die Bestimmung der heiligen Einheit vornehmlich als ein Zeichen der Unzufriedenheit mit der Regierung. Die Regierung werde alles in ihrer Macht stehende tun, um die Einheit der Nation zu wahren. (W. Z.)

England und die Verlegung der Friedensverhandlungen.

Amsterdam, 22. Januar. Das Ministerium der Verlegung der Verhandlungen von Versailles nach Stockholm ist für die englische Politik ein schwerer Schlag gewesen, daß die amtlichen englischen Kreise das Verschieben der Verhandlungen nicht als ein Zeichen der Unzufriedenheit mit der Regierung betrachten, sondern als ein Zeichen der Unzufriedenheit mit der Regierung betrachten. (W. Z.)

Der Berleungsprozess des mostowitschen Reiches.

ep. Mailand, 22. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) „Corriere della Sera“ berichtet: Der Berleungsprozess des mostowitschen Reiches macht rasche Fortschritte. Aus Moskau wird berichtet, daß die Stadt das Zentrum einer bedeutenden Bewegung zur Organisation der großrussischen Bevölkerung darstellt. Es wurde eine Vereinigung großrussischer Männer gebildet, die Männer ausweisen, die bei der Abreise der Russen nach und nach die Befugnisse, eine Meuterei und ein Parlament nach dem Muster der ukrainischen Slava zu bilden. Als Haupt der Union werden ein Abolot Schin und ein Journalist Garbat genannt. In etwa einem Monat soll ein Kongress zur Veranlassung der Berleung stattfinden. In allen Städten und Dörfern bilden sich Komitees der Union. (W. Z.)

Zu den Vorgängen in Oesterreich-Ungarn.

Die „Nöf. Ztg.“ schreibt: Man hat den Eindruck, daß viele Kreise in Oesterreich dem Frieden näher zu kommen glauben, wenn sie gerade gegen militärische Verantwortlichkeiten in Deutschland Front machen, während Oesterreich sich nicht anstrengt, größere Schritte zu tun. Wenn man in Wien an der deutschen Politik Kritik üben will, so behauptet es dabei eines einzigen politischen Willens. Der Mann Oesterreich gerade bei den Verhandlungen mit Wohlstand betonen, wenn es darauf besteht, die künftige Stellung Polens nach seinem eigenen Gutdünken und ohne Rücksicht auf die russischen Wünsche zu regeln. Die Verhändler, die Graf Giergen in dieser Hinsicht abgeben hat, sind viel zu allgemein gehalten. Nicht bei General Fiedman kann die erwünschte Wendung beginnen, sondern an Giergen und Schömann liegt es, das erste und entscheidende Wort zu sprechen. (W. Z.)

Das österreichische Abgeordnetenhaus.

„Berl. Tagblatt“ aus Wien: Bei dem Wiederantritt des österreichischen Abgeordnetenhauses haben die konstitutionalen Abgeordneten Böhmens die Erklärung ab, sie würden sich nicht an der Beratung der russischen Teile des kaiserlichen Hofes und die Vereinigung dieser Teile mit einer selbständigen österreichischen Provinz beteiligen. (W. Z.)

Die Seidie mit den Ukrainern.

Mailand, 22. Januar. Das meldet aus Petroburg: Eine Delegation aus West-Sibirien meldet eine Mission zwischen der russischen und ukrainischen Delegation, weil letztere unabhängig von den russischen Verhandlungen verhandeln. Ingeborg erklärt die Mission, daß die ukrainische Delegation nicht mehr die Republik Ukraine betreibe, und sie wandten sich an den neuen ukrainischen Staat in Charkow. (W. Z.)

Japanische Ablegung.

Mailand, 22. Januar. Nach einer Petroburger Drahtmeldung veröffentlicht die japanische Delegation eine offizielle Erklärung, die eine japanische Delegation in Washington in Worte füllt. Japan sei ein unabhängiger Staat und habe nicht die geringsten Absichten, sich in die Angelegenheiten des russischen Reiches einzumischen. Die Anwesenheit eines japanischen Delegierten in Washington habe mit der gegenwärtigen Lage nichts zu tun. (W. Z.)

Der rumänische Kronschah beschlagnahmt.

Petroburg, 22. Januar. Der Rat der Volkskommissionen hat die Beschlagnahmung des rumänischen Kronschahs beschlagnahmt. Hierüber wurden in Serbien die rumänischen Staatsbürger, die in Serbien von Saffo berichten geschickt worden waren, beschlagnahmt. Die Serben von Rumänien, die sich vorübergehend in Serbien aufhielten, ist nach Saffo geflüchtet. (W. Z.)

